

## **Integrationsarbeit der Volkshochschulen massiv bedroht**

### **Die Volkshochschulen und ihre Verbände fordern den Bund zum raschen Handeln auf**

Mit großer Sorge sehen der Deutsche Volkshochschul-Verband und seine Landesverbände die Integrationsarbeit der rund 850 vhs und mehr als 2.700 Außenstellen insbesondere im Gesamtprogramm Sprache des Bundes massiv bedroht. Aktuell werden über 45% aller Integrationskurse und ein relevanter Anteil an Berufssprachkursen an Volkshochschulen (vhs) durchgeführt. Derzeit stellt die Deutsche Rentenversicherung (DRV) bei Lehrkräften im Gesamtprogramm Sprache und in den vom Bund geförderten Erstorientierungskursen immer öfter eine abhängige Beschäftigung fest. Ein wesentlicher Grund hierfür sind die durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) festgelegten administrativen und inhaltlichen Vorgaben, die eine enge Anbindung der Lehrkräfte an die Einrichtung erfordern. Diese sind ausschlaggebend für die Gefahr, dass Lehrkräfte ihren Status der Freiberuflichkeit verlieren.

Konkret sind dies:

- das vorgegebene, detaillierte Rahmencurriculum,
- die von der Lehrkraft zu überwachende Anwesenheitsdokumentation,
- die konkrete Zuweisung und Zulassung einzelner Unterrichtsräume,
- die persönlich gebundene Leistungserbringung,
- die in der Trägerzulassung geforderten und nachzuweisenden kostenfreien Angebote für Lehrkräfte (Veranstaltungen zum Austausch, Informationsveranstaltungen für Lehrkräfte, Unterrichtsevaluation, Bereitstellung von Vorbereitungsräumen, Lehrmaterialien, Lehrwerke, Kopierer, W-LAN),
- die z.T. unangekündigten Hospitationen durch Vertretungen des BAMF.

Die Nachforderungen der DRV führen nicht nur zu einem erheblichen finanziellen Schaden bei den vhs, sondern schüren massive Unsicherheiten im Hinblick auf den weiteren Einsatz freiberuflicher Lehrkräfte.

Verschärft wird die Situation durch das aktuell geltende Finanzierungssystem, das eine stunden- und teilnehmendenbezogene Vergütung vorsieht. Es versetzt die vhs nicht in die Lage, Integrationslehrkräften mit Blick auf die kommunalen Haushaltsvorgaben ein tarifgebundenes Feststellungsverhältnis anzubieten.

Die schwierigen Haushaltslagen zwingen viele Kommunen deshalb, den vhs einen vollständigen Rückzug aus der Integrationsarbeit nahelegen. Um das Gesamtprogramm Sprache in seiner derzeitigen Form vor dem Kollaps zu bewahren, muss hier dringend gehandelt werden. Die vhs und ihre Verbände fordern daher:

- Das zuständige Bundesministerium muss gemeinsam mit dem BAMF die Rahmenbedingungen im Gesamtprogramm Sprache so gestalten, dass eine rechtssichere Durchführung mit Honorarlehrkräften auch zukünftig möglich bleibt,

bzw.

- Einen Wechsel in ein verlässliches und auskömmliches Finanzierungssystem, das es den vhs ermöglicht, Lehrkräfte gemäß den Regelungen der Sozialversicherung zu beschäftigen.